

**Öffentliche Sitzung**  
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 16.11.2022  
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:13 Uhr

**Anwesend:**

**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**Integrationsrat**

Herr Integrationsrat Cemal Yaman

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Verwaltung**

Herr René Bantel

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Frau Franka Zaneck

**Gast**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

**Abwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**CDU**

Herr Stadtrat Christof Preiß

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski



## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Sachstandsbericht Bauplatzmanagement
- 2** Beratung der Flächenkulisse zur Errichtung von Photovoltaik Freiflächenanlagen zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Beratung
- 2.1** Beratung der Flächenkulisse zur Errichtung von Photovoltaik Freiflächenanlagen zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Beratung
- 3** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Entwurfsbeschluss
- 4** Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)
- 5** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 6** Bekanntgaben
- 7** Anfragen
- 7.1** Absage von Veranstaltungen aufgrund der Schließzeiten
- 7.2** Baumaßnahmen Schurrenhof
- 7.3** Wasserfontäne Remspark
- 7.4** Flutlichtanlagen
- 7.5** Baumkommission
- 7.6** Standortkonzeption Bauhof
- 7.7** Tiny-Häuser
- 7.8** Grüne Pfeile
- 7.9** Bäume Tennisplatz Bettringen
- 7.10** Rohbauarbeiten Fehrle-Gärten

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## **zu 1 Sachstandsbericht Bauplatzmanagement Vorlage: 196/2022**

### **Protokoll:**

Frau Höllmann stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Herr Reuter präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron lobt die Wohnraumoffensive. Er erläutert die drei Säulen des Erfolgs, diese seien die hohe Kenntnis der Wohnsituation, das Vertrauen der Vermieter sowie Engagement durch die Stadtverwaltung.

Bürgermeister Mihm lobt die Arbeit ebenfalls, es gebe viele Potenziale, was durch die Aufnahme der Ukrainerinnen und Ukrainer gezeigt worden sei. Man könne einer breiten Bevölkerungsschicht helfen. Man gehe von ca. 30.000 Wohneinheiten aus, drei Prozent der Wohneinheiten dürften immer leer sein für Renovierungen etc. Wie viel Potential es noch gebe, würde man gerne herausfinden. 4000 Euro/qm würde derzeit ein Neubau kosten, hinzu kämen die Grundstückskosten. Wenn man im Bestand bleibe, könne man 31 Millionen Euro sparen.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass man mit der Rechnung von Bürgermeister Mihm nicht weiterkomme. Es gehe nicht um die Kosten, sondern v.a. um den Flächenverbrauch. Es sei daher wichtig, den Leerstand zu betrachten, man müsse ohne Zwang an den Leerstand herankommen. Man müsse es öfter erwähnen, sodass man an den Leerstand herankomme. Er bedankt sich bei Herrn Reuter, es sei aber nur der Startschuss. Er erkundigt sich, ob in Schwäbisch Gmünd bereits Bauplätze zurückgegeben worden seien.

Frau Höllmann antwortet, dass dies mit einer Ausnahme nicht der Fall sei. Es würden immer wieder Bauplätze zurückgegeben werden, auch in den vergangenen Jahren. Hier seien es aber persönliche und keine finanziellen Gründe gewesen.

Stadtrat Bläse/CDU wünscht eine zeitnahe Unterrichtung, falls mehr Bauplätze zurückgegeben werden. Dass weniger Bauplätze angefragt werden würden, sei nicht überraschend. Der Mietmarkt werde daher künftig noch mehr nachgefragt werden. Man müsse überlegen, den Bestand statt den Neubau zu fördern. Auch beim Thema Leerstand müsse man intensiv daran arbeiten, man habe weit mehr als drei Prozent Leerstand.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls. Es sei eine tolle Untersuchung und es sei eine Basis, den Leerstand zu untersuchen. Man habe vor einiger Zeit Herrn Flaig in Schwäbisch Gmünd gehabt. Er habe Leerstände von fünf bis sechs Prozent ermittelt, es seien 1500 – 1800 Wohneinheiten. Es sei ein Potential, wenn man sich anschau, wie viele Bauplätze vermittelt worden seien. Im Bestand sei genügend Wohnraum vorhanden, mit denen die Bedürfnisse auch abgedeckt werden könnten. Die Daten könne man über das Melderegister ermitteln, indem man herausfiltere, an welchen Anschriften niemand gemeldet sei. Über den Leerstandszuschuss wisse man außerdem zumindest einen Teil, der nicht vermietet sei. Wie viele Wohnungen würden tatsächlich leer stehen? Über 700 Wohnungen würden angeboten, nur 275 seien vermietet. Woran liege dies? Was könne man tun, um das Potential zu ermitteln? Die Plusenergiehausförderung sei kaum ausgezahlt worden, sie sei aber ein wichtiger Bestandteil des CO<sub>2</sub>-Einsparziels. Man müsse daher mehr Werbung dafür machen.

Frau Höllmann reicht die Daten zur Plusenergiehausförderung nach.

Herr Reuter antwortet, dass es v.a. Einliegerwohnungen bei älteren Menschen seien, die diese nun an die Ukrainer vermietet hätten. Diese Wohnungen würden auch am Wohnungsmarkt erhalten bleiben. Es gebe aber auch viele Ängste. Man könne es aber etwas abfangen. Einen genauen Überblick habe man nicht. Die Wohnungen seien teilweise unpassend gewesen, teilweise auch zu teuer. Aufgrund der Personalressourcen könne man auch nicht alle Wohnungen vermitteln.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich ebenfalls. Es funktioniere gut. Er erkundigt sich nach dem Programm „jung kauft alt“.

Frau Höllmann antwortet, dass es um die Aktivierung von Bestandsgebäuden in gewachsener Struktur gehe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man den Flächenverbrauch eindämmen müsse. Es stelle sich die Frage, Stellen aufzustocken. Wenn dies so lukrativ sei und tatsächlich Potential vorhanden sei, sei dies zwingend notwendig. Dies solle man überdenken. Es gebe einen großen Leerstand an Häusern. Diese könne man abfragen. Wenn die Person älter als 80 Jahre sei, sei absehbar, dass das Haus leer werde. Solche Personen könne man ansprechen, ob sie umziehen wollen. Es sei ein wichtiges und großes Potenzial.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Wohnraumoffensive in Zusammenhang mit allen Bereichen sehen müsse, auch mit der Wohngeldstelle. Der Bund habe nun ein Unterstützungsprogramm angekündigt, man erwarte doppelte Fallzahlen. Man versuche hier nachzusteuern.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen stimmt dem allem zu, es seien gute Sachen. Ein Aspekt sei ihr nur wichtig, den die Stadt jedoch nicht ändern könne. Die meisten Leute, die nicht mehr vermieten wollen, seien mit Mietnomaden konfrontiert gewesen. Herr Reuter habe eine Mietsicherheit geboten. Gebe es Möglichkeiten, das Haus sukzessive zu renovieren, wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen würden?

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für die Anregungen. Man konzentriere sich auf die Leute, die auf dem Wohnungsmarkt keine Chance hätten. Ein wichtiger Punkt sei außerdem die Schaffung von vermietbaren Wohnungen. Man wolle dann aber entscheiden, wer reinkommen. Beim Thema Ukraine versuche man, so flexibel wie möglich auf die Wünsche einzugehen. Man komme den Vermietern so weit wie möglich entgegen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob man aktiv auf die Besitzer zugehe, wenn man von Leerständen erfahre. Es gebe in Schwäbisch Gmünd auch einige Airbnb Wohnungen. Diese seien dem Wohnungsmarkt entzogen. Werden diese auch angesprochen?

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man dies erst kürzlich in der Verwaltung diskutiert habe, die Zahl der Airbnb-Wohnungen seien nicht sehr hoch. Der Aufwand für die Zweckentfremdungssatzung stehe in keinem Verhältnis zur Nutzung. Es sei nicht der richtige Weg.

Herr Reuter antwortet, dass man dafür keine Kapazitäten habe, es sei auch sehr schwierig herauszufinden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Präsentation. Es sei sehr wichtig. Gebe es schon Nachahmungen in anderen Kommunen?

Herr Reuter antwortet, dass man sich beim Konzept an Karlsruhe orientiert und dieses auf Schwäbisch Gmünd zugeschnitten habe.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass man sich die Frage stellen müsse, welche Anreize man für bestehende Einfamilienhäuser geben könne. Wichtig wäre, dass es ein Neubauersatz für junge Familien darstelle. Die Leute müssten irgendwo hinziehen. Der Mörikepark sei ein typisches Projekt sowie Wohnen an der Stadtmauer. Man brauche attraktive Innenstadtprojekte, die das Angebot des Umzugs darstellen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass Herr Piazza geäußert habe, dass die VGW genau dies mache.

Erster Bürgermeister Baron fasst nochmals zusammen, der Flächenerbrauch werde durch die steigenden Kosten möglicherweise zurückgehen. Durch die gestiegene Nachfrage im Mietmarkt werde man eine steigende Miethöhe erwarten. Man merke nicht zuletzt an den Bauplatznachfragen, dass die Nachfrage spürbar nachgelassen habe. Bauen sei insgesamt auch teuer geworden. Durch die steigende Energiepreise sei man auf Einnahmen angewiesen, vielleicht werde es dann zu einer Vermarktung der leerstehenden Wohnungen kommen. Man müsse abwarten, was es konkret bedeute.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen regt an, auch den Leerstand in höheren Preislagen anzugehen. Dies könnte von der VGW übernommen werden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der Markt bereits Vieles regle, zum andere sei die VGW auf dem Markt schon aktiv, indem sie Wohnungen vermiete. Jede vermietete Wohnung nehme Druck heraus. Es sei auch eine Frage nach den Aufga-

ben einer Stadtverwaltung. Man konzentriere sich daher auf die schwächeren Personen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50, 60

nachrichtlich an Amt:

**zu 2      Beratung der Flächenkulisse zur Errichtung von Photovoltaik Freiflächenanlagen zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Beratung  
Vorlage: 181/2022**

**Protokoll:**

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Herr Hackner stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage). Er äußert, dass die Fläche Nr. 12 herausgenommen werde.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er finde es gut, dass man die Ortschaftsräte mit einbezogen habe. Man habe die 22 Potenzialflächen vorgestellt. Es werde nun konkret, man wolle die Energiewende schaffen. Eine Freiflächen-PV sei nicht wirklich schön, man werde sich aber daran gewöhnen müssen. Man solle es mit in den Flächennutzungsplan aufnehmen, wie bei den Bauplätzen werde es nicht in allen Fällen zur Umsetzung kommen. Wo man aufpassen müsse sei beim Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und den PV-Flächen, v.a. bei den Pachtverträgen. Man müsse die Flächen schaffen, man müsse 2 Prozent schaffen und sei aktuell bei 1,2 Prozent. Es sei nicht überproportional, man stehe aktuell auch noch am Anfang. In Zukunft müsse man auch Lösungen finden für Doppellösungen. Man sei prinzipiell einverstanden, dass es so ausgewiesen werde. Es gebe noch eine kleine Änderung in Hussenhofen, die gewünscht sei. Insgesamt störe ihn bei Bund und Land Folgendes: Man wolle die Energiewende schaffen und Bürokratie abbauen. Er verstehe das aufwändige Verfahren nicht, man solle schneller bei der Entscheidung sein, er wisse nicht, ob man auf dem richtigen Weg sei. Bei den Windrädern gehe dies besser, obwohl es dann nicht unbedingt schneller gehe. Wichtig sei, dass man die Bürger mitnehme und informiere. Bürgerbeteiligung sei der Idealfall, die Bürger sollten einen direkten Nutzen haben. Der Strom solle auch zum Einsatz kommen, hier solle der Bezug zu Aspen hergestellt werden. Er wünsche sich, dass man es schnell umsetze.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen lobt Herrn Hackner. Es sei eine Konkretisierung, wie man das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 erreichen wolle. Es sei gut, dass man die Stadtteile einbezogen habe. Einzelne Eigentümer seien selbst losgezogen und hätten ihr Interesse bekundet. 11 Prozent der Dachflächen seien mit PV belegt. Oft werde gefordert, dass man zunächst die Dachflächen und dann die Freiflächen belegen solle. Man habe jedoch zehn Jahre lang ein Förderprogramm aufgelegt ge-

habt, man sei nicht sehr erfolgreich gewesen. Die Landes- und Bundesregierung seien vorangegangen, indem eine PV-Pflicht eingeführt worden sei. Es werde in den nächsten Jahren auch mehr PV auf Dächern bringen. Die Flächen seien optisch mehr als 2 Prozent. Hier würden in erster Linie benachteiligte Ackerflächen belegt. Der große Unterschied zu einer Bebauung sei, dass die Freiflächen-PV keine Versiegelung sei, die Fläche könne von Schafen beweidet werden. Es gebe auch neue Ideen, die man bei wertvolleren Kategorien weiterentwickeln könne. Man habe die Bürgerenergie Stauferland, es gebe genügend Leute, die mehr investieren wollen, der Wunsch sei vorhanden, dem könne man aufgrund fehlender Fläche aktuell nicht nachkommen. Er erkundigt sich, bis wann die Deponie Herlikofen mit PV belegt werden könne und ob man allgemein einen Zeitplan sehe, bis wann man mit der Entwicklung vorankommen könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Beteiligung der Ortschaftsräte auch eine Form der Bürgerbeteiligung sei.

Herr Hackner führt aus, dass man die Eigentümer geprüft habe, die sich bereits gemeldet hätten. Bei einem habe man nicht abhelfen könne, bei den anderen hätte man die Flächen drin. Die Deponie Herlikofen könne man auch modular umsetzen und dann sukzessive erweitern, dies müsse man dann mit dem Landkreis abstimmen. Zur 2-Prozent-Vorgabe äußert er, dass dazu auch die Windkraft zähle, die man ebenfalls umsetzen wolle. Damit erreiche man dann auch die geforderten zwei Prozent.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass es gut sei, dass die Fläche Nr. 12 herausgenommen worden sei. Er spricht ebenfalls nochmals die Bürgerenergiegenossenschaft an, dies solle man berücksichtigen. Ansonsten schließt er sich den Vorrednern an.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass die PV-Flächen Priorität hätten und man prüfen müsse, ob man Wohnflächen dafür herausnehmen könne. Zum Dilemma mit den landwirtschaftlichen Flächen gebe es bereits Ideen, er stellt diese vor (siehe Anlage). PV müsse Priorität haben, es müsse nochmals geprüft werden, ob man hier Wohnflächen herausnehmen könne. Zum Dilemma mit den landwirtschaftlichen Flächen gebe es bereits Lösungen, diese stellt er vor (siehe Anlage). Man solle es im Gemeinderat im Dezember beraten.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass es eine Win-Win-Situation für Landwirte sei, wenn man die PV-Anlagen sowie das Feld bewirtschaften könne.

Herr Hackner äußert, dass man mit dem Bauernverband gesprochen habe, es gebe Pro und Contra. Im Bereich der Sonderkulturen funktioniere es gut, eine seitliche PV-Anlage sei bei der Bewirtschaftung mit dem Mähdrescher eine Herausforderung. Er sei zuversichtlich, dass sich das noch gut entwickle.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich für die Ausführungen. Wenn man den Zeitplan anschau, werde noch viel Wasser die Rems hinunterfließen, bevor Strom fließe. Man sei jedoch auf einem guten Weg.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls. Es sei sehr beeindruckend. Alle würden die Energiewende wollen, man sei auf dem richtigen Weg. Auch das vom Fraunhofer Institut entwickelte Konzept sei wichtig.

Ortsvorsteher Heissenberger berichtet von der Sitzung des Ortschaftsrats. In Hussenhofen/Hirschmühle/Zimmern habe man eine besondere Situation. Verkehrlich durch die Ost-West-Verbindung und Nord-Süd-Verbindung. Dies wirke sich massiv auf die Ortsteile aus. Auch beim Flächenverbrauch habe man eine besondere Situation. Auf dem Gügling habe man viel Fläche zur Verfügung gestellt, Wohnraum habe man zu wenig. Man müsse Rücksicht auf die Landwirtschaft nehmen, man habe Alternativvorschläge gemacht. Was er nicht verstehen könne: Man schütze Mauern im Boden, die man nicht sehe, aber die Nahrungsmittelproduktion schütze man nicht.

Herr Büchelmaier (Stadtwerke) äußert, dass man für jedes Projekt einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan erstellen müsse. Einige der Potentialflächen könnten relativ schnell entwickelt werden. Bei der Mutlanger Heide müsse man einen Satzungsbeschluss aufstellen. Einen Zeitplan aufzustellen, sei sehr schwierig.

Stadtrat Geiger/CDU betont, dass man keine Bauplätze für PV-Anlagen opfern könne, die Dächer würden künftig sowieso mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Eine Einzelfallaufnahme/Begutachtung hätte in Rechberg, Weiler, Degenfeld auch stattfinden sollen, er regt an, dies noch nachzuholen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es momentan sehr schwierig sei, es liege nicht an der Stadtverwaltung. Man habe alle Flächen mit dem größten Potential aufgenommen, danach mache man die, bei denen man die zweitgrößten Potentiale habe.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2.1      Beratung der Flächenkulisse zur Errichtung von Photovoltaik Freiflächenanlagen zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Beratung  
Vorlage: 181/2022/1**

**Protokoll:**

TOP 2.1

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Entwurfsbeschluss  
Vorlage: 188/2022**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass es inhaltlich nichts Neues sei. An der Änderung des Flächennutzungsplans könne man erkennen, wie lange man bereits diskutiert habe. Man müsse das Thema anpacken und umsetzen. Man erteile Zustimmung.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man viel diskutiert und Vorschläge eingebracht habe, man habe versucht, Kompromisse einzugehen. Es sei nicht akzeptierbar. Der Knackpunkt sei die Umwandlung des Waldes, man werde daher nicht zustimmen.

Erster Bürgermeister Baron verweist auf den Bericht der Forstdirektion.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass man lange diskutiert habe. Man stimme mehrheitlich zu.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob die Eingriffsausgleichsbilanz vorliege. Die ersatzweise Aufforstung in Metlangen koste auch wieder landwirtschaftliche Fläche, auch hier gehe indirekt durch den Bau landwirtschaftliche Fläche verloren. 2017 sei bereits darauf hingewiesen worden, es seien die sechs heißesten Jahre gewesen. Schönblick habe sich für den bequemeren Weg entschieden. Er werde der Änderung daher nicht zustimmen.

Herr Hackner antwortet, dass die Bilanz zu den Eingriffsausgleichmaßnahmen im parallelen Bebauungsplanverfahren erarbeitet werden würden. Bis zur Auslage des Bebauungsplans müsse dies vorliegen. Die Fläche in Metlangen sei eine landwirtschaftliche Fläche, die aufgeforstet werde.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass alle Argumente ausgetauscht seien. Die Fraktion werde zustimmen. Die Träger öffentlicher Belange seien alle damit einverstanden. Auch der Hinweis auf den Forst sei wichtig.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW signalisiert ebenfalls Zustimmung. Man habe das Thema ausführlich beraten. Die Träger öffentlicher Belange, auch die Forstbehörde, hätten zugestimmt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4      Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwasser-  
satzung) und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranla-  
gen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)  
Vorlage: 192/2022**

**Protokoll:**

Herr Bantel stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage). Er äußert, dass es im Beschlussantrag Anlage 3.1-Anlage 3.3 heißen müsse.

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für die Darstellung. Man habe viele Überdeckungen, die man auch abtragen könne. Er erkundigt sich, ob es bereits eine Erkenntnisprognose von 2021 gebe.

Herr Bantel antwortet, dass es eine moderate Berechnung sei. Man habe die Devise gehabt, den Gebührenanstieg moderat zu halten. Man könnte theoretisch alle Überdeckungen einstellen, dann würde die Gebühr sinken. Man wolle die Gebührenzahler gleich behandeln, es müsse ein gewisses Level halten. Die Gebührenzahler würden alle Überschüsse zurückerhalten. Die Erkenntnisprognose reiche man nächste Woche nach.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie die Prüfung der versiegelten Flächen statfinde. Diese könnten sich ja auch verändern. Nach welchen Grundlagen werde vorgegangen?

Herr Bantel antwortet, dass es bei der erstmaligen Einführung eine Befliegung gegeben habe, danach seien Fragebögen versandt worden. Änderungen bekomme man durch Baugenehmigungen mit.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für die Kalkulation. Er erkundigt sich, wie sich weitere Maßnahmen zur Abwasserreinigung im Hinblick auf Arzneimittelbestände und Mikroplastikbestände auf die Gebühren auswirken würden? Dies müsse man über ein weiteres Nachklärbecken regeln.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der Mehraufwand umgelegt werden würde. Es sei die Frage, wie aufwendig diese Klärstufe sei.

Herr Musch ergänzt, dass in Stuttgart derzeit die vierte Klärstufe erprobt werde. Man sei dran. Man werde Fördermöglichkeiten abschöpfen. Auch Sanierungen würden entsprechend einkalkuliert werden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass es jeden treffe, sowohl die Reichen als auch die Armen. Die Erhöhung sei sehr bedenklich, da die Nebenkosten auch höher werden würden. Er erkundigt sich, wie die Gesamtversiegelungsfläche errechnet werde und bittet um die Mitteilung des Verlaufs über die Jahre hinweg.

Herr Bantel antwortet, dass sich die Zahlen aus der Befliegung ergeben hätten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Zahlen nachliefern werde.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Darstellungsweise. Sie erkundigt sich, wie sich eine Zisterne auf die Gebühr auswirke.

Herr Bantel antwortet, dass man dies nachreiche.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass er zunächst über die überproportionale Erhöhung erstaunt gewesen sei. Da die Überdeckung wiederum den Gebührenzahlern zugutekomme, habe er keine Einwände.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen regt an, die Rücklagen in PV-Anlagen zu investieren, um den hohen Stromaufwand gering zu halten.

Herr Bantel antwortet, dass man dies derzeit prüfe.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob die Zinsen für das Fremdkapital bei der inneren Verrechnung ebenfalls steigen würden.

Herr Bantel antwortet, dass der Eigenbetrieb ausschließlich über Fremdkapital finanziert werde, in der Kalkulation seien 3,5 Prozent Zins berücksichtigt, die Zinsen seien daher auch angestiegen.

Herr Musch erläutert, dass man auch für einen Stromausfall die entsprechenden Vorkehrungen getroffen habe.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 66  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 5      Ausblick auf künftige Vorhaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## **zu 6      Bekanntgaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## zu 7      **Anfragen**

### zu 7.1    **Absage von Veranstaltungen aufgrund der Schließzeiten**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass von der Schließung aller städtischen Gebäude vom 23.12.2022 bis 06.01.2023 einige Veranstaltungen betroffen seien. Man habe zwei Jahre Corona-Krise gehabt und es sei sehr schade, wenn eine Veranstaltung nicht stattfinden könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es beim Gas keine Entwarnung gebe, die Speicher würden für vier bis sechs Wochen ausreichen. Außerdem sei es auch ein Kostenargument. Es sei ein Einsparpaket, das man für angemessen halte. Man habe immer Kompromisse gemacht. Politik heiße, dass man es angemessen mache. Auch beim Stadtverband Sport habe man sich verständigt, dass man den Betrieb aufrechterhalte, auch den Flutlichtbetrieb etc. Man könne aber nicht so tun, als ob es keine Energiekrise gebe. Zum einen gehe es um die Energiesicherheit, zum anderen auch um Kosten. Man müsse 6 Mio. Euro einsparen. Auch mit Ortsvorstehern habe man es besprochen. An den Randzeiten habe man nachgesteuert. Schwierig seien die Tage dazwischen. Wenn man zu viele Ausnahmen mache, werde der Gedanke des Konzeptes verfehlt.

### zu 7.2    **Baumaßnahmen Schurrenhof**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass auf dem Schurrenhof Baumaßnahmen stattfinden würden und die Straße deshalb gesperrt sei. Seit zehn Tagen könne man jedoch keine Bautätigkeit mehr erkennen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich erkundigen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 30  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7.3 Wasserfontäne Remspark****Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich nach dem Zweck der Wasserfontäne am Remspark.

Herr Musch antwortet, dass diese zur Kühlung des Stadtraumes vorgesehen sei. Sie werde nun abgebaut.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 66

**zu 7.4 Flutlichtanlagen****Protokoll:**

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, wie viele Flutlichtanlagen von der Stadt betreut werden würden und wie viele bereits auf LED umgestellt seien?

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man dies zusammenstellen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7.5 Baumkommission****Protokoll:**

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass die Baumkommission sich mit Laubbewuchs beschäftigen hätte sollen, dies sei bisher nicht erfolgt.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es aktuell keine Fälle gebe.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 2, 67

#### **zu 7.6 Standortkonzeption Bauhof**

##### **Protokoll:**

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, wann die Standortkonzeption des Bauhofes vorgestellt werde.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man über die Standortkonzeption sprechen könne, wenn entsprechende Planungsgrundlagen erarbeitet seien.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2  
nachrichtlich an Amt:

#### **zu 7.7 Tiny-Häuser**

##### **Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wann die Baugebiete der Tiny-Häuser bebaubar seien und ob es bereits konkrete Anfragen gebe.

Herr Hackner antwortet, dass man im Januar den Aufstellungsbeschluss für das Lindenfeld einbringe, hier wolle man es mit einer Kooperation mit der Landsiedlung verwirklichen. Es gebe derzeit ca. zehn Bewerber.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

#### **zu 7.8 Grüne Pfeile**

##### **Protokoll:**

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob die grünen Pfeile an den Ampeln wieder angebracht werden würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es eine Rechtslage der StVO gebe. Überall dort, wo ein Verkehrsüberweg im Anschluss komme, dürfe kein grüner Pfeil sein, die Regelungen seien verschärft worden. Daher habe man die Pfeile entfernt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 30

## zu 7.9 **Bäume Tennisplatz Bettringen**

### **Protokoll:**

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erinnert an ihre Anfrage bezüglich der Bäume am Tennisplatz Bettringen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich nach dem aktuellen Stand erkundigen werde. Er führt gleichzeitig aus, dass ein Fällen der Bäume nur in Betracht komme, wenn erhebliche Schäden vorhanden seien.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

## zu 7.10 **Rohbauarbeiten Fehrle-Gärten**

### **Protokoll:**

Stadtrat Majohr/FDP/FW erkundigt sich, wann die Rohbauarbeiten bei den Fehrle-Gärten abgeschlossen werden würden.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass die Wohnungen Mitte nächsten Jahres bezugsfertig sein sollen. Mit dem Bau der Reihenhausreihe sei noch nicht begonnen worden.

Herr Hackner antwortet, dass am 18.11.2022 ein Bauforum in der Weststadt stattfinde, bei dem man die Projekte vorstellen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Erster Bürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: